

Erhält die «Frühe Förderung» zu wenig Priorität?

In einem Interview mit dem «Vaterland» sagte Marlen Jehle, Leiterin der Koordinations- und Beratungsstelle Frühe Förderung, dass das Thema zwar politisch mehr an Bedeutung gewinne, die Zuständigkeiten jedoch nicht geklärt seien. Sie wünscht sich eine generelle Vereinheitlichung und Steuerungsgruppe, die eine Strategie entwickelt und entscheidet, welche Empfehlungen wie umgesetzt und dann auch finanziert werden. Das Thema «Frühe Förderung» stehe trotz Sensibilisierungsarbeit oft im Hintergrund.

«Es braucht landesweite Zusammenarbeit»

Manfred Kaufmann

Fraktionssprecher Vaterländische Union (VU)

Die Familie ist und bleibt der wichtigste Ort der Frühen Förderung. Die Politik sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit Kinder gesund heranwachsen können. Die Frühe Förderung ist in den letzten Jahren immer mehr in den Fokus der Politik gerückt. Wichtige Schritte sind gemacht worden, um die ersten Lebensjahre von einer privaten zu einer immer mehr öffentlichen Angelegenheit zu machen: Verschiedenste Bildungsangebote wie Spielgruppen, Bibliotheksanlässe etc. stehen allen Familien mit kleinen Kindern offen. Die Koordinations- und Beratungsstelle beim Eltern-Kind-Forum hat in den Gemeinden und unter Fachinstitutionen wichtige Sensibilisierungs- und Vernetzungsarbeit geleistet. Die Botschaft, dass Investitionen in der frühen Kindheit gut angelegt sind, ist mittlerweile angekommen.

Trotzdem könnte noch mehr Gewicht auf die Koordination und Steuerung von landes-

weiten Massnahmen gelegt werden. Es ist eine politische und gemeinschaftliche Aufgabe von den Akteuren der Frühen Förderung mit den Ministerien und Ämtern. Es braucht landesweite Zusammenarbeit zur strategischen Abstimmung von Themen und Massnahmen. Eine Steuerungsgruppe, wie von Marlen Jehle vorgeschlagen, sollte auch über die Finanzierung von Projekten entscheiden können. Gemeinden oder Fachinstitutionen mit guten Projekten sollten öffentlich unterstützt werden können.

Es ist die Bereitschaft aller Beteiligten gefragt, sich tatkräftig in diesem Bereich zu engagieren. Mit Sensibilisieren, Informieren, Vernetzen, Konzepten und Bestandaufnahmen allein ist es noch nicht getan: Es braucht das Bekenntnis der Politik, dass wichtige Projekte und Massnahmen bei der Frühen Förderung finanziell unterstützt und umgesetzt werden können.



«Das individuelle Kindeswohl sollte im Vordergrund stehen»

Thomas Rehak

Landtagsabgeordneter der Demokraten pro Liechtenstein (DpL)

Vermutlich ja. Um die Frage beantworten zu können, musste ich den Begriff zuerst richtig einordnen. Hierbei geht es um Angebote für Kinder, die von einer Beeinträchtigung betroffen oder bedroht sind. Diese Frühförderung soll Kindern helfen, wenn sie in ihrer



körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung Unterstützung brauchen. Frau Jehle betont, dass sich das Angebot vor allem an belastete Familien, die mit Unsicherheiten und Problemen zu kämpfen haben, richtet. Es macht unbestritten

Sinn, diese Familien situativ zu unterstützen. Dabei ist wichtig, dass das individuelle Kindeswohl im Vordergrund steht, um so die Entwicklung des Kindes zu fördern, ohne es in vorgegebene Muster hineinpressen oder gleichmachen zu wollen. Menschen sind Individuen und keine Musterknaben.

«Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr»

Nadine Vogelsang

Stv. Landtagsabgeordnete der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)

Die Frühe Förderung ist eine sehr wichtige Vorstufe des Bildungssystems, wobei es nicht darum geht, dass Kinder früher lesen oder schreiben lernen. In der Bildungsstrategie 2025 steht hierzu: Für den späteren Bildungserfolg und die Chancengerechtigkeit spielt die Frühe Förderung eine entscheidende Rolle. Laut aktuellem Bildungsbericht des Liechtenstein-Instituts ist in der Frühen Förderung der Anteil von 4-Jährigen in Liechtenstein und der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern wie Luxemburg, Österreich, Deutschland halb so gross. Hieraus lässt sich ableiten, dass wir in Bezug auf Frühe Förderung mehr tun können.

Um die aktuelle Situation in Liechtenstein zu verbessern, beinhaltet die Bildungsstrategie 2025 zur Frühen Förderung folgende Handlungsfelder: Die Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen und Behörden soll überprüft und intensiviert

werden. Die Anforderungen an eine frühkindliche Bildung sollen definiert und Standards geschaffen werden. Die Elternbildung soll ausgebaut und das Angebot an Eltern-Kind-Kursen ausgeweitet werden. Angebote im Bereich der Frühen Förderung sollen gefördert und unterstützt werden und der Kindergarten soll formell in den Pflichtschulbereich aufgenommen werden.



Die Handlungsfelder sind also bekannt, das zentrale Problem liegt bei den Zuständigkeiten. Die grösste Frage ist, wer entscheidet und wer zahlt es? Um den Stellenwert der Frühen Förderung zu erhöhen, sollte die Verantwortung nicht dezentral in den Gemeinden liegen und abhängig vom «Gemeindekässeli» sein, sondern zentral beim Ministerium für Bildung, welches am meisten von einer frühkindlichen Bildung profitiert.

«Die Gründe, der Frühen Förderung mehr Priorität zu schenken, sprechen für sich»

Tatjana As'Ad

Co-Geschäftsstellenleiterin der Freien Liste (FL)

Seit 2018 hat sich im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in Liechtenstein viel getan. Die Koordinations- und Beratungsstelle Frühe Förderung (KBFF) hat seit ihrer Einrichtung wichtige Meilensteine in der Sensibilisierung und Vernetzung zur Thematik geleistet.

Darüber hinaus liegen umfassende Situationsanalysen der KBFF (2021) und der Sophie von Liechtenstein Stiftung (2019) vor, die Handlungsfelder definieren und konkrete Massnahmen empfehlen. Die Grundlagen für politisches Handeln sind also erbracht. Und die Gründe dafür, der «Frühen Förderung» mehr Priorität zu schenken, sprechen für sich: Die ersten Lebensjahre sind die wichtigste Phase für die Entwicklung eines Kindes und legen einen wichtigen Grundstein für Bildungs- und Lebenserfolg. Qualitativ hochwertige Interventionen in der frühen Kindheit tragen elementar zur Chancengerechtigkeit von Kindern aus

bildungsfernen, sozial- und wirtschaftlich benachteiligten Familien bei. Was hier unterlassen wird, kann später nur mit grossem Aufwand aufgeholt werden und ist nicht selten mit hohen Kosten für den Staat verbunden. Durch das Elternhaus entstandene Nachteile bei Schuleintritt können von unserem Schulsystem oft nicht ausgeglichen werden. Das hat mitunter Auswirkungen auf die gesamte Bildungslaufbahn und reproduziert Armut im Erwachsenenalter.



Weil die Familie letztlich der wichtigste Ort für frühe Förderung ist, muss die Politik zwingend gute Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten. Neben weiteren Massnahmen sollte die Möglichkeit der Eigenbetreuung im ersten Lebensjahr eines Kindes, etwa dank einer ausreichend bezahlten Elternzeit von vier Monaten, dabei selbstverständlich sein.

